

Mit großer Erleichterung hat Bundeskanzler Schröder das Wahldebakel der SPD in NRW in ein liebevoll gezimmertes Hintertürchen verwandelt, um erhobenen Hauptes und so schnell wie möglich von der politischen Bühne abtreten zu können. Da er mit seinem Latein schon seit einigen Jahren am Ende war und 5 Millionen Arbeitslose keinen Einfluss auf die Höhe seiner Ruhestandsbezüge haben, kann er sich jetzt mit Vorfreude und Gelassenheit aus seiner Verantwortung stehlen, die einfach zu groß gewesen ist für einen, der eigentlich nur im Sprücheklopfen groß gewesen ist.

Dieser überraschende Zugewinn an Lebensqualität für einen Verlierer, der nichts mehr zu verlieren hatte, blieb natürlich auch den Gewinnern der NRW-Wahl nicht verborgen. Darum hat sich die Begeisterung der CDU über das prächtige Wahlergebnis Jürgen Rüttgers gleich nach der Rücktrittsensation des Kanzlers fast schlagartig abgekühlt und ist inzwischen der erschreckenden Erkenntnis gewichen, schon im Herbst 2005 zusammen mit der schwachen FDP an einem Karren ziehen und zerren zu müssen, der bis zum Hals im Schlamm der Zinswirtschaft festsetzt,

39% aller Wahlberechtigten haben den etablierten Parteien in NRW die rote Karte gezeigt, indem sie einfach nicht zur Wahl gegangen sind. Das lässt doch immerhin für die Zukunft hoffen, denn wenn so viele Menschen glasklar erkennen, dass es inzwischen Jacke wie Hose ist, für welche der großen Parteien man sich entscheidet, ist doch zumindest schon mal ein Fundament gelegt für eine Bewegung, die uns von den Ursachen der Arbeitslosigkeit, der Zinsknechtschaft, zu befreien verspricht.

Die Arbeitslosigkeit kann nicht mit Kanzlersprüchen „bekämpft“, sondern nur mit Hilfe einer Geldreform in das Fahrwasser einer *Dauervollbeschäftigung ohne Wachstumszwang* geleitet werden. Vor diesem Wahldebakel sind 5600 SPD-Mandatsträger/innen in den Kommunen, Landtagen und im Bundestag über den rettenden Ausweg der Natürlichen Wirtschaftsordnung Silvio Gesells (1862-1930) informiert worden. Die von führenden Freiwirtschaftlern angebotene Beratung wurde hochmütig oder dümmlich abgelehnt. Die Bestrafung der SPD durch maßlos enttäuschte Wähler war also überfällig und ist nun auch endlich eingetreten.

Dass diese Partei die Interessen der Arbeiter und Angestellten am besten vertritt, darüber kann heute nur noch gelacht werden. Natürlich wird auch der CDU/CSU das Lachen vergehen, denn als Steigbügelhalter der Zinswirtschaft haben beide beim Thema Massenarbeitslosigkeit und soziale Gerechtigkeit auch nur einen Aufguss der SPD-Hilf- und Ratlosigkeit zu bieten.

Der DEUTSCHE FREIWIRTSCHAFTSBUND e.V. wird sich darum nicht nur um die Opfer der Zinswirtschaft bemühen, sondern alle politischen Parteien immer wieder daran erinnern, dass die „soziale“ Marktwirtschaft längst zu einer brutalen Zinsknechtschaft verkommen ist, in der die Reichen immer reicher und die Armen nicht nur noch ärmer, sondern obendrein auch noch zahlreicher werden.

Im Vorwort zur 7. Auflage seines Buches „Wer hat Angst vor Silvio Gesell?“ bringt der Autor Hermann Benjes diesen Sachverhalt allgemeinverständlich auf den Punkt:

Wer hätte gedacht, dass über 5 Millionen Arbeitslose für deutsche Spitzenpolitiker noch immer kein Grund sind, sich mit Silvio Gesell zu befassen? Und wer hätte für möglich gehalten, dass die Bundesregierung der Massenarbeitslosigkeit nun schon seit Jahren völlig ratlos gegenübersteht? Hätte hier nicht schon längst etwas geschehen müssen? Misshandelte Kinder z.B., die werden ihren Eltern doch auch unverzüglich weggenommen. Erst dann befasst sich ein Gericht mit den Tätern. So etwas kann Monate dauern. Darum darf die Reihenfolge amtlicher Maßnahmen zum Schutze missbrauchter Kinder nicht auf den Kopf gestellt werden: Wo kämen wir hin, wenn schwer misshandelte Kinder bis zur endgültigen Verurteilung der Täter ihren Peinigern schutzlos ausgeliefert blieben?

Aus diesem Grunde müssen die Opfer so schnell wie möglich von den Tätern getrennt werden. Eine Selbstverständlichkeit – meinen Sie? Nicht so bei den Opfern der Massenarbeitslosigkeit, die immerhin zu einem Drittel aus Kindern (arbeitsloser Eltern) bestehen! Die so genannte Kinderarmut ist nichts anderes als ein Schatten, den arbeitslose Eltern unfreiwillig und folgenschwer auf ihre eigenen Kinder werfen. Arbeitslose Familien bleiben untauglichen „Experten“ und Politikern über Jahre und Jahrzehnte hinweg („bis zur Rente“) entschädigungslos ausgeliefert, denn – auch das ist bekannt - mit Arbeitslosen kann man es ja machen. Die

finden sich damit ab; oder hat man sie in Deutschland schon mal zu Hunderttausenden in Richtung Berlin auf die Straße gehen sehen? Der fünfmillionenfache Leidensdruck scheint noch nicht groß genug zu sein. Fatalismus macht sich breit, und die Fürsorgepflicht des Staates kann aus folgenden Gründen vernachlässigt werden:

- 1.) Die Arbeitslosen wissen mit dem Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes (*Die Würde des Menschen ist unantastbar...*) nicht viel anzufangen, Politiker und „Arbeitsmarktexperten“ um so mehr. Wer z.B. die Fußsohlen eines Arbeitslosen mit einer Taubenfeder kitzelt (seine Würde also nur mal ganz leicht antastet), verstößt gegen das Grundgesetz und hätte bei penetranter Wiederholung mit einer Strafe zu rechnen. Darum entscheiden sich immer mehr Politiker für eine Variante, bei der sie ungeschoren davonkommen, indem sie das Antasten der Würde respektvoll unterlassen, um statt dessen auf der Arbeitslosenwürde desto hemmungsloser herumzutampeln. Das scheint erlaubt zu sein, zumal es keine Bestrafung der Täter nach sich zieht. Kann man es einer Bundesregierung unter diesen Umständen eigentlich verdenken, wenn sie sich bei der Suche nach einem Ausweg aus der Krise für diesen begehren Trampelpfad entscheidet?
- 2.) Die Empörung der Arbeitslosen (über den sozialen Absturz) setzt eine begründete Schuldzuweisung voraus. Die aber unterbleibt, wenn der Arbeitslose nicht in der Lage ist, der Partei seines Vertrauens konkrete Fehler nachzuweisen. Also hält sich seine Empörung in Grenzen und wird durch Resignation und Verzweiflung ersetzt. Im Windschatten dieses immer noch recht gut beherrschbaren Opferverhaltens - und geschützt durch ein Tabu - können sich Regierung und Opposition nach wie vor von einer Wahl zur anderen retten.
- 3.) Bundesregierung, Opposition, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Großkapital, Wirtschaftswissenschaft, Banken, Kirchen, Schulen, Universitäten, Rundfunk, Presse und Fernsehen haben sich in seltener Einmütigkeit stillschweigend darauf geeinigt, den zum Greifen nahen (also tatsächlich vorhandenen!) Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit mit unbeugsamer Konsequenz auf dem Altar des Totschweigens zu opfern. Dort ist die Lösung der sozialen Frage „gut aufgehoben“ und bleibt der ahnungslosen Bevölkerung „sicher“ verborgen.

Oberstes Ziel dieser Verschwörung (oder gibt es eine bessere Bezeichnung für dieses gemeine Verbrechen an 5 Millionen Arbeitslosen ?) ist das geräuschlose Ausblenden der rettenden Erkenntnisse des genialen Land- und Geldreformers Silvio Gesell (1862-1930).

Da jedoch nur bestens informierte Menschen auf den Gedanken kommen können, sich gegen eine derart niederträchtige Informationsunterdrückung zu wehren, kommt es jetzt darauf an, das lichtscheue Kartell der Verschweiger gemeinsam auszuhebeln. Darum habe ich meinen Vorträgen über das großartige Vermächtnis Silvio Gesells dieses Buch zur Seite gestellt.

Asendorf, im April 2005
Hermann Benjes

Woran unsere Gesellschaft krankt, das hat der amerikanische Präsident Abraham Lincoln schon vor 145 Jahren auf den Punkt gebracht.

Das Privileg, sein eigenes Geld zu schöpfen und in Umlauf zu bringen, ist das höchste Alleinrecht des Staates und seine größte kreative Möglichkeit. Die Menschen erhalten damit eine Währung, die so sicher ist wie die Macht des Staates. Anstatt die Menschen zu beherrschen, wird es zum Diener der Menschheit. Die Demokratie wird dadurch stärker als die Geldmacht.